

17. Wahlperiode

Der Vorsitzende
des Ausschusses für Inneres,
Sicherheit und Ordnung

mehrheitlich mit SPD und CDU gegen GRÜNE, LINKE und PIRATEN
--

An Plen

Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Inneres,
Sicherheit und Ordnung
vom 13. Januar 2014

zum

Antrag der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Piratenfraktion
Drucksache 17/0653
**Gegen Gewalt an Frauen – Bleiberecht für Opfer
von Menschenhandel**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 17/0653 – wird mit folgenden Änderungen angenommen:

1. Nummer 3 erhält folgende Fassung:

„Das Abgeordnetenhaus fordert vom Senat, dass er sich im Zuge der anstehenden Umsetzung der EU-Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels sowie zum Schutz seiner Opfer auf Bundesebene dafür einsetzt, dass die Aussagebereitschaft im Strafverfahren nicht durch die Sorge um den Aufenthaltstitel gefährdet wird.“

2. Es wird folgende neue Nummer 5 eingefügt:

„Der Senat soll sich auf Bundesebene für die Schaffung von Prüfungsmöglichkeiten einsetzen, die eine missbräuchliche Nutzung des Übereinkommens zur Bekämpfung von Menschenhandel ausschließen bzw. zumindest weitgehend einschränken. Geeignete Mechanismen und Überprüfungen sollen ausschließen, dass in Einzelfällen eine Opferrolle vorgetäuscht wird, um einen Aufenthaltstitel zu erwirken. Dabei darf je-

doch nicht der Eindruck einer pauschalen Vorverurteilung von Opfern entstehen, da eine verantwortungsvolle Prüfung in ihrem Sinn erfolgt.“

3. Nummer 5 (alt) wird Nummer 6 (neu).

4. In Nummer 6 wird der Berichtstermin in „31. März 2014“ geändert.

Berlin, den 16. Januar 2014

Der Vorsitzende
des Ausschusses für Inneres,
Sicherheit und Ordnung

Peter Trapp